

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. ersichtlicher Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Restzeitung 10 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 107

Sonnabend, den 13. September 1930

32. Jahrg.

1. Blatt

Donnerstag, den 25. September, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 11. September 1930.

143] Der Magistrat.

Gefunden:

am 1. September 1 Fahrrad

am 7. September 1 Fahrrad

Kemberg, den 11. September 1930.

142] Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* In seiner langemartigen Rede vor dem Völkerversammlungsrat hat Briand für den Zusammenschluß der europäischen Staaten zur Sicherung des Friedens ein, Solange er lebe, werde er keinen Krieg mehr zulassen.

* Der amerikanische Bankier Wrenn hat sich in einem Interview sehr zuversichtlich über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands geäußert.

* Als Mangel an Mitteln behaftet die Gefahr, daß die diesjährigen Arbeiten am Mittelkanal in der preussischen Provinz Sachsen und in Braunschweig vorzeitig zum Stillstand kommen.

* Als Protokoll gegen das Regiment Pilsudski steht in Polen der Ausdruck des Generalstreiks.

Wahlen in Danzig.

In zwei Monaten werden nach den deutschen Wahlen Danziger Wahlen folgen, nachdem von dem bischöflichen Danziger Parlament, dem Volkstag, Verfassungsänderungen beschlossen worden sind, die jetzt die Zustimmung des Völkerversammlungsrates, als der vorchriftsmäßigen Aufsichtsinanz, erhalten haben. Die Notwendigkeit, an die Verfassungsänderungen Neuwahlen anzuknüpfen, ergibt sich daraus, daß die Wendenungen der Danziger Verfassung eben gerade in erster Linie das Danziger Parlament betreffen. Das Parlament wird zwar durch diese Änderungen der Verfassung verkleinert, aber trotzdem ist ihr eigentlicher Sinn eine weitere Parlamentarisierung des Verwaltungssystems. Die Zahl der Volkstagsabgeordneten werden nach den neuen Verfassungsbestimmungen von 120 auf 72 Abgeordnete, gleichzeitig wird der Senat, also die Regierung von 20 auf 12 Mitglieder vermindert. Die Parlamentarisierung des Verwaltungssystems ist darin zu erblicken, daß bisher die hauptamtlichen Senatoren unabsehbar waren, und infolgedessen unabhängig von jedem Votum des Volkstags, während sie künftig von der Stellungnahme des Volkstags abhängig werden. In dem neuen Verfassungsartikel wird ausgesprochen, daß sämtliche Senatoren vom Vertrauen des Volkstags abhängig sind, der sie mit qualifizierter Mehrheit zum Rücktritt veranlassen kann. Eine weitere Anpassung an das parlamentarische Regierungssystem liegt darin, daß der Volkstag bisher unauflösbar war und infolgedessen, selbst, wenn sich politische unumgängliche Zustände ergeben, seine Wahlperiode hindurch bestehen bleiben mußte. Jetzt wird bestimmt, daß der Volkstag aufgelöst werden kann.

Die Danziger Neuwahlen werden voraussichtlich im November d. J. stattfinden, da man die einmal beschlossene Verfassungsänderung nun so schnell wie möglich durchführen will. Man rechnet damit, daß der Wahlkampf in Danzig ziemlich heftig geführt werden wird, wenn auch die bestehende Geldknappheit den Parteien bei ihrer Agitation gewisse Beschränkungen auferlegen wird. Der enge Zusammenhang, der nach wie vor zwischen Danzig und dem Reich besteht, wird sich im Wahlkampf wahrheitlich darin widerspiegeln, daß ganz offensichtlich, wie es im Reich der Fall gewesen ist, auch in Danzig eine Umgestaltung des Parteiwesens eintritt. Es heißt, daß die Staatspartei auch in Danzig gebildet werden wird, und wahrscheinlich wird sich auch auf der Rechten eine Neugruppierung abspielen. Allerdings wird man bei dieser Umgestaltung des Danziger Parteiwesens ohne Zweifel die Erfahrungen berücksichtigen, die im deutschen Wahlkampf mit der Neubildung der Parteien gemacht worden sind. Die Ergebnisse der neuen politischen Organisationen in Deutschland werden deshalb maßgebend dafür sein, welche parteipolitischen Gebilde in Danzig entstehen.

Es ist selbstverständlich, daß der ganze Danziger Wahlkampf stark von außenpolitischen Gesichtspunkten, unter denen man naturgemäß ausschließlich das Ver-

hältnis zu Polen zu betrachten hat, angeht werden muß. Gerade in letzter Zeit sind in eine Reihe deutsch-polnischer Meinungsverschiedenheiten zur Diskussion gekommen, die in der Debatte über das künftige innerpolitische Leben in Danzig eine Hauptrolle spielen dürften. Sie werden schon bei den Auseinandersetzungen über die Umgruppierung des Danziger Parteiwesens vielfach als maßgebender Gesichtspunkt hingestellt. Gerade mit dem Hinweis auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Danzig und Polen wird noch entschieden, als es im Reich der Fall war, eine Zusammenfassung der Mitte gefordert, um eine überflüssige Parteijeripflüger, die wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten besonders gefährlich ist, zu vermeiden. Dabei wird man dann als eine Hauptwahlparole wohl den Kampf um die politische Kontinuität gegen Danzig, den Hafen von Gdingen, zu betrachten haben. Allerdings wird von den deutschen Parteien allgemein angestrebt, daß die Gdingener Frage aus dem Wahlkampf herausgelassen werden soll, weil sie jetzt dem Völkerversammlungsrat zur Entscheidung übergeben worden ist, und weil unumgängliche Diskussionen während des Wahlkampfes diese Entscheidung des Völkerversammlungsrates sicherlich nicht günstig beeinflussen würden. Unmittelbar nach der Neuwahl des Volkstages ist die Umwidmung der Danziger Regierung, also des Senats, zu erwarten.

Briand duldet keinen Krieg mehr.

Die lang erwartete Rede im Völkerversammlungsrat.

Genf, 12. September

Im Völkerversammlungsrat ergriff unter allgemeiner Spannung Briand das Wort. Er wies darauf hin, daß er die Tribüne des Völkerversammlungsrates als Vertreter Frankreichs und ferner als Beauftragter von 26 europäischen Mächten betrachte, in deren Auftrag er dem Völkerversammlungsrat einige Mitteilungen machen wolle.

Dieser zweite Teil seiner Aufgaben habe besonders weittragende Bedeutung und lege ihm eine schwere Verantwortung auf.

Die Leistungen des Völkerversammlungsrates.

Briand ging in längeren Ausführungen auf die bisherigen Fortschritte des Ausbaus des Völkerversammlungsrates ein und erklärte, die Völker hätten heute in wachsendem Maße das Vertrauen, daß der Völkerversammlungsrat das Werk des Friedens fortsetzen werde.

Der Völkerversammlungsrat habe das Stadium der Verdächtigungen, Beschimpfungen und Sächerkündigung hinter sich, er habe freien Spielraum, um weiter zu wachsen.

Der Krieg sei jetzt, nach dem Wilschluß des Kellogg-Paktes als Verbrechen schimmliger Art erklärt worden. Auf dem Wege der Friedenssicherung seien große Fortschritte festzustellen. Solange er lebe, werde er jedenfalls keinen Krieg mehr zulassen. Dies gelte es, die Bestimmungen des Völkerversammlungsrates über die Abrüstung durchzuführen. Ohne Zweifel befinden sich noch wesentliche Hindernisse. In London sei man zu höchst bedeutungsvollen Ergebnissen gelangt. Der Abrüstungsausschuß müsse nunmehr die Arbeiten weiterführen.

Er hoffe, in der alternativen Zeit mit einem Nachbarland in Verhandlungen treten zu können, die den Beitritt dieses Landes zu den Verträgen der Londoner Flottenkonferenz ermöglichen würden.

Briands Werk.

Briand wandte sich dann der Paneuropäische Frage zu. Dieser Teil seiner Rede übte nicht die bei dem französischen Außenminister sonst übliche Temperamentsausbrüche. Er betonte, daß es heute keine Vereinigung von Völkern, keine Sondervereinbarung gebe, die lebensfähig sei, wenn sie nicht auf engste dem Völkerversammlungsrat verbunden sei.

Europa leide am schwersten unter den entsetzlichen Folgen des Weltkrieges.

Gerade deshalb müßten sich auch die europäischen Völker, die die Sicherung des Friedens wollten, in engerer Fühlung organisatorisch zusammenschließen. Es handele sich hierbei um eine Frage der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes, Jedes große Problem löse anfänglich auf Schwierigkeiten.

26 europäische Staaten hätten jedoch festgestellt, daß sie zu gemeinsamer Arbeit zur Sicherung des Friedens bereit seien. Größte Vorfrist und eingehende Prüfung der ganzen Frage sei unbedingt notwendig.

Eine lichte Formulierung.

Der Völkerversammlungsrat sei eine universelle Organisation für Weltaufgaben, die sich Einzelstaaten nicht widmen könne. Alle Völker seien aber heute daran interessiert, daß die europäischen Völker sich zusammenschließen, sich wirtschaftlich und politisch vereinen und zusammenarbeiten, um die Kriegsschäden zu überwinden. Briand erklärte zum Schluß, die

26 europäischen Staaten hätten beschlossen, den einschlagenden Weg im Interesse des Friedens fortzuführen, ohne alle Hintergedanken gegenüber anderen Völkern oder dem Völkerversammlungsrat. Die europäischen Mächte erwarteten jetzt, daß der Völkerversammlungsrat ihnen erkläre, Europa sei auf dem rechten Wege, auf dem es weiter marschieren müsse.

Vage Allgemeinheiten.

Die Briand-Rede hat durch die ungenügend starke Zurückhaltung und den matten Ton allgemeines Aufsehen erregt. Lebhaftig wurde festgestellt, daß sie wenig interessant und wenig aufschlußreich war. Besonders auffällig ist, daß sich Briand bei der Darstellung der Paneuropäische Frage vage Allgemeinheiten beschränkt hat. Die Urteile sind darin gelegen, daß Briand in der Paneuropäische Frage mit großen Schwierigkeiten rechnet und daß das ihm erteilte beschränkte Mandat irgendwelche Festlegungen auf den Paneuropäische Danken unmöglich mache. Er hat daher offenbar die Taktik eingeschlagen, keinerlei Angriffspunkte zu bieten und die Paneuropäische Frage lediglich zur Aussprache zu stellen.

Keine Andeutung auf Deutschland.

Von Seiten der deutschen Völkerversammlung wird festgestellt, daß die in den letzten Tagen vielfach gegebene Befürchtung, Briand werde zu den deutschen Gegenwartsfragen, insbesondere zu den Revisionsbefreiungen Stellung nehmen, nicht eingetroffen ist. Er hat sich offenbar mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl jeder Andeutung auf Deutschland enthalten. Die deutsche Völkerversammlung hat damit nunmehr freien Spielraum, während der Völkerversammlung ihre eigenen Interessen und Wünsche vorzubringen, ohne von vornherein durch Angriffe von französischer Seite in eine schwierige Lage gebracht zu sein.

Unfallig erscheint jedoch, daß Briand in seiner ersten Völkerversammlungsrede nach dem Tode Stresemanns den verstorbenen Reichsaussenminister mit seinem Worte erwähnt hat, ferner, daß er bei der Aufzählung der Siderungen des Völkerversammlungsrates internationale Verträge zwar den Kellogg-Pakt, jedoch nicht den Locarno-Pakt genannt hat. Der Zweck Briands auf die Abrüstungsfrage wird allgemein als düstern und nichtigend aufgefaßt. Von Interesse erscheint lediglich der Hinweis auf die bevorstehenden französisch-italienischen Abrüstungsverhandlungen.

Deutschland rollt die Minderheitenfrage auf.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat beim Präsidenten der Völkerversammlung den Antrag gestellt, den Abschluß des Jahresberichtes des Völkerversammlungsrates über die Minderheitenfrage dem polnischen Ausschuss der Völkerversammlung zu überweisen.

Die deutsche Regierung hat damit die von allen Seiten dringend geforderte Initiative in der Minderheitenfrage ergriffen. Der deutsche Antrag war notwendig, da das Völkerversammlungssekretariat die Minderheitenfrage nicht auf die Tagesordnung der diesjährigen Völkerversammlung gestellt hatte und somit ohne den deutschen Antrag die Minderheitenfrage während des Senatswesens überhaupt nicht zur Sprache gekommen wäre. Auf deutscher Seite wird man besonders darauf hinweisen, daß die Benachteiligungen des Völkerversammlungssekretariats über die bisher eingegangenen und unbefandenen Minderheitenbeschwerden tatsächlich völlig unzulänglich seien. Zu erwarten ist ferner, daß die deutsche Völkerversammlung im politischen Ausschuss praktische Vorkehrungen für eine Abänderung des Minderheitenverfahrens vorbringen wird.

Pilsudskis Faschismus.

Generalstreik in Sied.

Warschau, 12. September.

Das Faustregime, mit dem Pilsudski nun die Wahlen machen will, hat selbstverständlich die notwendige Gegenbewegung ausgelöst. Aus allen Teilen Polens kommen Nachrichten, wonach bereits die ersten Proteststreiks und Anarchen im Gange sind.

Anzeichen sind die verhassten Oppositionsführer nach Breslauer Pilsudski transportiert worden. Dort werden sie in der Festung interniert. Die Zahl der Verhafteten wächst ständig, wenn auch darüber eine amtliche Festlegung nicht gegeben wird; doch kann von den Behörden nicht bestritten werden, daß erheblich mehr verhaftet worden sind, als ursprünglich zugegeben wurde. Die Behörden tun zwar so, als ob es sich hierbei lediglich um Verhaftungen wegen Straftaten handele, die bereits seit längerer Zeit eingeleitet seien. Demgegenüber steht wohl die Tatsache, daß eine polizeiliche Verfolgung der Oppositionsführer längst hätte erfolgen müssen, zum mindesten, als der Sejm aufgelöst wurde, nicht aber in dem Augenblick, wo die Opposition zu einem vereinigten Stoß gegen die Diktatur ausholt. Was sich hier am vergangenen Dienstag abgespielt hat, ist nichts als die brutale Maßnahme eines Diktators.

Die Zeitungen, die die Oppositionspolitik unterstützen, sind beschlagnahmt und mußten unter Weglassung der fraglichen Artikel erscheinen. Eine Protestkündigung der Warschauer Anstaltskommission gegen die Verhaftung ohne richterliche Haftbefehle, weil sie eine glatte Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Freiheit der Perion darstelle, ist von den Behörden beschlagnahmt und unterdrückt worden.

Die Meldungen über die Profiteure und über die Unruhen, die aus dem Lande kommen, lassen aber wohl den Schluss zu, daß die Gegenbewegung der Opposition durchaus nicht leicht genommen werden darf. Schon wird in eingeweihten Kreisen mit der Möglichkeit des Generalstreiks gerechnet, um auf diese Weise die Freilassung der Führer zu erzwingen. Kommt es zum Generalstreik, dann wird auch die letzte Waise, die Bücherei heute noch seinem Regime umzubringen versucht, fallen, dann wird die brutale Gewalt, mit der der Diktator seinen Abkampf führt, nicht nur gegen die Führer, sondern auch gegen die Massen angelegt werden. Neben steht im Zeichen der schließlichen Diktatur. Ob es gelingt, das Land in seinen Bann zu schlagen, das wird sich zeigen.

Nus Mangel an Mitteln . . .

Arbeitsförderung am Mittelstandanal.

Köln, 12. September.

Die diesjährigen Arbeiten am Mittelstandanal, die in der preußischen Provinz Sachsen und in Braunschweig ausgeführt werden, sind in Gefahr, aus Mangel an Mitteln vorzeitig zum Stillstand zu kommen. Dadurch würden mehrere tausend Arbeiter beschäftigungslos und brotlos. Die Forderung soll dem Platz zufolge zurückzuführen sein, daß die preußische Regierung sich weigert, ihren vertraglich vereinbarten Anteil an der Finanzierung dieser Arbeit beizubringen.

Nach dem Vertrag, den das Reich mit den in Betracht kommenden Ländern (Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt), im Jahre 1926 abgeschlossen hat, waren die Kosten für die Fortführung des Mittelstandanal so verteilt worden, daß 2/3 vom Reich und das übrige Drittel gemeinsam von den genannten Ländern aufgebracht werden sollte. Nach den für das Rechnungsjahr 1929 aufgestellten und von den beteiligten Regierungen genehmigten Plänen entfiel auf das Reich rund 18 Mill. RM., auf Preußen etwa 7 Mill. RM. Bei der Bezahlung dieses Betrages leiht der preussische Staat mit 3 Mill. RM. im Rückstand geblieben. Für das laufende Rechnungsjahr seien die Bauten im Einvernehmen zwischen den beteiligten Regierungen nach dem Plan des Vorjahres fortgeführt worden. Preußen habe jedoch von den in Frage kommenden 7 Mill. RM. noch nicht einmal einen Teil bereitgestellt.

Der Anteil des Reiches und der übrigen Länder sei nahezu vollständig verausgabt, so daß die Arbeiten, die an sich bis in den Dezember hinein fortgeführt werden könnten, bereits Mitte Oktober zum Stillstand kommen würden.

Die preussische Regierung habe ihre Weigerung, die fälligen Bauraten abzuführen, in doppelter Weise zu begründen versucht, und zwar erstens mit dem Hinweis auf die schwierige Finanzlage Preußens und die Unmöglichkeit der Beschaffung von Deckung auf dem Reich bestimmte Forderungen aus der Wassertrassen- und Eisenbahnabfindung sowie aus der Verrechnung der Pensionen für frühere preussische Wassertrassenbeamte habe. Lieber diese Streiterei, für die der preussische Staat augenscheinlich durch seine Haltung bei der Finanzierung der Mittelstandanal-Arbeiten eine Besserung seiner Position herbeizuführen beabsichtigt, seien die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Im Vertrag von 1926, der nach dem Entschieden der erwähnten preussischen Forderung an das Reich abgeschlossen wurde, sei von der Möglichkeit einer Verquickung dieser Fragen oder von einer Aufrechnung der zu zahlenden bzw. zu vernehmenden Beträge nichts gesagt.

Wie urteilt das Ausland?

Unterredung mit einem amerikanischen Bankfachmann.

Neuport, 12. September.

Einer der angesehensten internationalen Wirtschaftsexperten Mr. Murnane aus dem Neuporter Bankhaus Lee Higginson hat die Eindrücke eines mehrmonatigen Aufenthaltes in Deutschland in einem Interview mit der „New York Times“ niedergelegt. Seine Ausführungen verdienen

vom deutschen Standpunkt aus ebenfalls Interesse wie vom amerikanischen. Murnane ist ein Geschäftsmann. Was er in ruhiger Abwägung über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands sagt, ist rein vom Standpunkt des Geschäftsmannes aus zu werten. Murnane sagt und will sagen: Ich habe das deutsche Geschäft geprüft und habe gefunden, daß es gut und sicher ist; Deutschland ist kreditfähig und ist kreditwürdig; man kann Vertrauen zu ihm haben. Eine so gemächliche Stimme wie die seine wird sicher bei den führenden Wirtschaftlern der Welt nicht ohne Wirkung bleiben. Das deutsche Interesse an den Murnanischen Ausführungen aber erstreckt sich im wesentlichen auf die Frage, wie Murnane seinen optimistischen Eindruck über Deutschlands Zukunft begründet. Diese Begründung ist eine politische. Er spricht davon, daß die Regierungspolitik das Budget von den Käufen der Arbeitslosenvericherung weitausgehendst bespart und dadurch ein jahrelanges Element der Unruhe beseitigt hat; er spricht von dem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auf dem Wege über Reichsbahn und Reichspost und andere Behörden mehr als 1 Milliarde RM. in die Wirtschaft hineingebracht hat; und er spricht auch von den Steuererhöhungen, die zwar unpopulär seien, aber auch unvermeidlich. Wenn man weiß, wie von manchen Seiten all diese Maßnahmen in Deutschland selbst kritisiert worden sind, so ist die Schlussfolgerung von besonderem Interesse, die Murnane aus ein besonders maßgebender Ausländer aus den gleichen Tatsachen zieht:

„Die deutsche Regierung — so erklärt er mündlich — hat durch ihre bisherigen Maßnahmen einen Geist der Führung und Entschlossenheit gezeigt, die einen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft eröffnen. Man darf hoffen, daß die kommenden Reichstagswahlen die bisher eingeschlagene Richtung bestätigen und befestigen werden. Ich glaube, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes den politischen Extremen misstraut, sich bei den Wahlen dahin entscheiden wird, den bisher eingeschlagenen Kurs nicht zu gefährden.“

Es hat bisher auffallend an Äußerungen des Auslandes über die deutsche politische Lage an Wähltag gefehlt. Hier endlich ist eine Äußerung, und noch dazu die eines weltbekannten Wirtschaftlers. Sie dürfte auch in Deutschland einiges zu denken geben.

Herabsetzung der Einwanderungsquoten.

Verweigerung des Visums.

Washington, 11. September.

Das Staatsdepartement hat in Ausführung der Anweisung des Präsidenten Hoover über weitere Beschränkung der Einwanderung die amerikanischen Konsula in Europa zu Konferenzen einberufen, auf denen die genauen Richtlinien für die strikere Anwendung der geltenden Einwanderungsbestimmungen erläutert werden sollten.

Solche Konsultationskonferenzen finden statt am 22. September in London für England, Irland und die nächstgelegenen Kontinentalstaaten, am 26. September in Stuttgart für Deutschland, die Schweiz, Nordeuropa, die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Italien, Jugoslawien und Schweden, schließlich am 1. Oktober in Warschau für Polen, Finnland und Lettland. Wesentliche Maßnahmen sind bereits im Herbst vorigen Jahres gegenüber Mexiko und Kanada eingeführt worden, obwohl die Angehörigen dieser Staaten nicht der Quotenregelung unterworfen sind, sondern lediglich dem Visumzwang unterworfen sind. Sie führten zu beträchtlicher Einschränkung der mexikanischen und kanadischen Einwanderung. — Präsident Hoover hatte in der letzten Kongresssession einen Gesetzentwurf einbringen lassen, wonach die Gesamtzahl aller Einwanderungsquoten um die Hälfte vermindert werden sollte. Bei der Fülle anderer Gesetze konnte die Novelle indessen nicht verabschiedet werden.

Die Regierung will deshalb im Einverständnis mit den amerikanischen Gewerkschaften die europäische Einwanderung von Arbeitern nunmehr auf dem Verwaltungswege durch die Verweigerung des Visums möglichst einschränken.

Kleine politische Meldungen.

Tragen einheitlicher Kleidung in München am Wähltag verboten. Die Polizeidirektion München hat zur Sicherung der Reichstagswahlen das Tragen von Uniformen, Bundesradfahren, sowie von Rembranden, von Sonnabend vor dem Wähltag bis Montag mittags 12 Uhr verboten.

Berein der Kemberger in Berlin.

Nachdem der Sommer und damit die schöne Ferienzeit vergangen sind, wollen wir uns wieder treffen in der nächsten **Verammlung mit Tanz am Sonnabend, den 20. September, 20 Uhr im Luisenparktheater Clubhaus, Annenstraße 16** (Schrägüber vom Zhalia-Theater). In der Verammlung sollen die Winter-Veranstaltungen besprochen werden. Auch wird gebeten, die rückständigen Vereinsbeiträge an Landmann Gannemann, Berlin N. 113, Gannemannstr. 1, zu senden oder in der Verammlung zu zahlen.

Die Landleute Kemnitz (Ehefrau geb. Wille) und Jech (Ehefrau geb. Heilmann) sind verstorben. Wir werden ihre Andenken in Ehren halten.

Der Stimmzettel zur Reichstagswahl im Wahlkreis Merseburg

enthält nachstehende Parteien und Namen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Dr. Berg — Beres — Herzog — Grober
2. Deutschnationale Volkspartei
Dr. Schiele — Dr. Schmidt — von Stübbers — Busse
3. Deutsche Zentrumspartei
Dr. Marx — Hebel — Giers — Döring
4. Kommunistische Partei Deutschlands
Roosen — Voltmann — Frau Ahlers — Biering
5. Deutsche Volkspartei
Dr. Greiner — Schmidchen — Erbrotz — Frau Wittolz
6. Deutsche Staatspartei
Dr. Hübner — Müller — Frau Ruhlmann — Reil
7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.
Audel — Mangold — Hoffmann — Eir
9. Nationallos, Deutsche Arbeiterpartei (Güterbewegung)
Eißler — Hüntler — Ziebel — Woltersdorfer
- 9a Großdeutsche Volkschmalitz
Schmalitz — Reilottat
10. Deutsches Landvolk
Schäpe — Dr. Dr. Berede — Demeter — Braunsch
11. Volkrecht-Partei (Reichspartei für Volkrecht u. Aufwertung) und Christlich-sozialer Reichspartei
D. Dr. Graf Poljowski-Wegner — Dr. Bahner — Koendke — Kofsch
12. Deutsche Bauernpartei
Dr. Febr — Hillebrandt — Rajonczel — Dieß
16. Konservative Volkspartei
v. Petzow-Borbeck — Bredel — Hoffmann — Eir
17. Christlich-Sozialer Volksdienst (Ermangel. Bewegung)
Dabey — Schabel — Wenzel — Frau Böck
18. Freibund des Handwerks, Kleinhandels u. Gewerbes (Reichsbund des deutschen Mittelstandes)
Wiesner — Welschimer — Baron — Gante
19. Polnische Volkspartei
Schulz — Gwozdziński — Jodor — Kwieciński
20. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft
Wählung — Wod — Knebusch
23. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (U.S.P.D.)
Reinhold — Frau Wisemann — Schriepel — Frau Ant
24. Deutscher Bauernbündler
Kalt — Raubdorf — Wdg — Wille

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 12. September 1930

• Sonntag von 7—8 Uhr abends **Dienstbereitschaft des Postamts Kemberg** zur Annahme von Wepsechen. • Gestern abend hatte der Magistrat zur Gründung eines Vereins eingeladen, der den Zweck haben soll, für den Besuch der Deide zu werben, der aber auch durch den Zusammenschluß mit anderen Ortsgruppen für die einzelnen Städte Propaganda machen soll. Ein auch für Kemberg sehr lohnendes Ziel. Bürgermeister Diege begrüßte die erschienenen Heidefreunde und machte sie mit den Zielen des Vereins bekannt. Alsbaldig wurde bedauert, daß gerade von den besonders interessierten Kreisen fast gar keiner erschienen war. Trotzdem wurde zur Gründung geschritten. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Bürgermeister Diege, Pastor Ahmus, Oberstadtssekretär Hasse, Senator Schäfer

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. B.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hinter der Tür hatte jemand geklopft, eine Dame, die der zurückgebliebene Fingel unruhig berührt zu haben schien, denn mit einem „Au!“ fuhr ihre Hand zur Stirn.

Felix sprubelte ein halbes Dutzend Entschuldigungen hervor und hielt in der Beteuerung, daß er unvorsichtig sei, plötzlich inne. Der Laufend, das war ja die mit den Augen im Kopf, die er schon einmal hier an der Tür gesehen hatte. Und so arg konnte der Schmerz nicht sein, den er ihr zugefügt, denn sie verließ ihn. Baden, Donnerwetter, was das Madel hübsch! Dem o ein Witzding zwischen Dame und Madel schien's zu sein, trotz der labellenen Toilette.

Seine Haltung veränderte sich im Nu, wurde beflissener und feier zugleich, seine Augen blühten in unerbittlicher Verwunderung auf, dabei rief er von den roten Blüten, die die Umhüllung ab, nahm eine der zerklüfteten Blüten und reichte sie Fränze Diebold dar: „Zum Zeichen, daß Sie mir meine Missetat nicht antraugen wollen, meine Allergnädigkeit.“

Eine machte eine abweichende Sandbewegung. Die roten Lippen zogen sich laufend von den blühenden Zähnen zurück. „So schämig war's ja nicht. Das Auge ist noch dem geliebten.“

„Gott sei gekannt!“ Mit funkelndem Blick sah er ihr in die schwarzen Augen hinein, drückte ihr die Rose in die Hand, zog die Hand sich hübsch an die Lippen, zwinkerte grübelnd den Gut, durchwühlte leichtfüßig den Sausflur und wußte die Treppen hinan.

Die Stufen herab kam mit polternden Sprüngen ein anderer und legte an Rahmsus vorbei. Dem rief er den Kopf herum. War das nicht Janen, sein Polier? Saffte der Kerl ihn denn nicht geliebt, das war nicht

grüße, oder betrachtete er sich schon als entlassen? Oder —

Auf der untersten Treppenstufe blieb Rahmsus stehen, blickte nach der Tür zurück und unter dem schwarzen Schnurrbart wippte sich ihm die Lippen zu einem launlichen Witz. Sieh mal einer an, die famose Schwarzgegäute und sein Herr Polier gehörten ja zusammen. Keinen Ahnen Geschmakt hatte der, das mußte man ihm lassen. Die roten Blüten aber, die schien er nicht zu lieben, denn aus den hellbehaarten Fingern, die tänzelnd den langen Wältenhülften, die schlenderte sie zu Boden und trat mit dem Fuß darauf. Zwei Stufen auf einmal nehmend, eilte Felix Rahmsus die Treppen hinauf. Ausgescheidet, ganz ausgescheidet! Das hatte ja gerade noch gefehlt, um seine gute Lanne vollkommen zu machen. Dem Wert mit einer kleinen Beschicktheit beimachen — schade, daß er nicht früher die Stelle genußt, an der Ernst Janen höchst schien, sonst hätte er mit Vergnügen der Rolle noch einen regelrechten Ruh hinzugefügt. Ordentlich trümpelnd zog er an der Dabtingerischen Wohnung die Almgel.

Im Sausflur drünten hatte Janen zu Fränze nur ein Wort gesagt. Hinter zusammengepreßten Zähnen hervor ein „Kommi!“

Den Kopf im Nacken, ging sie vor ihm her aus dem Saus auf die Straße hinaus und ließ sie, wie auf Katzenpfoten, am hinter der nur angelehnten Tür zur Portierwohnung herover Frau Fingel und spähte den beiden nach. Na, der gönnte sie's, wenn's jetzt eine ordentliche Krach gab. Empört hob sie die zerrutete Rose aus, die den labellenen Sausflur eben neuwertete, wie aus, die sich von einem, der mit einer anderen verlobt war, roten Blüten ließ. Na, wie gesagt, der gönnte sie's jetzt.

Draußen hatte Janen mit heftiger Bewegung Fränzes Arm durch den seinen gezogen und schwiegend machten sie ein paar rasche Schritte, dann brach er los: „Und jetzt sag mir —“

Doch Fränze rief ihren Arm aus dem seinen und fiel ihm ins Wort: „Nein, du sag mir, was das wieder einmal heißen soll, daß du losklotst um nichts und wieder nichts!“ „Um nichts und wieder nichts?“ Die nur mit äußerster Mühe gedämpfte Stimme grollte wie angeschobenes Angewitter. „Du läßt dir roten Blüten, von dem läßt dich roten Blüten und nennst's für nichts und wieder nichts?“ „Ja hab' sie mir nicht schenken lassen, ich hab' sie nur nicht geradezu fortgeworfen. Und häß' ich sie mir schenken lassen, war auch nichts weiter dabei gewesen, denn es hat nichts weiter sein sollen, als auf meine Art ein Entschuldigungs, weil er mich geliebt hat.“ „Auf meine Art — hab'ah! Wenn nur die Art sein ist, das ist die Hauptsache. Was einer sonst tut, darauf kommt's ja nicht weiter an.“ Immer zorniger blühten ihre Augen auf. „Jawohl, die seine Art, davon lerne du lieber was. Denn deine Art, wie du mir die Rose fortgerissen und mit den Fäßen getreten hast, das war einfach ein Fregelei.“

„Sie hatte es noch nicht recht heraus, da wußte sie in heimlichem Schreden ein wenig von ihm zurück. Doch er folgte kein wildes Aufbegehren. Nur ganz langsam bog sich Janen gegen sie vor, als ihr die Hand zum Gesicht und raunte leise: „So leid tut dir's um die Rose, Fränze?“ „Sie zügte die Schultern und schürzte verächtlich die Lippen.“

„Ich mach' ja die Eiferhül noch geradezu verrückt.“ „Sein Bild, der auf ihr ruhte, bekam etwas gläsernen Starres.“ „Eiferhül auf den —? Fränze, wenn's einmal dazu bei mir läme — das ginge auf Leben und Tod — auf Leben und Tod ginge das.“ Seine Sand hatte sich um ihren Arm gelegt, seine Finger drückten ihr wie Eisenrauben ins Fleisch.

(Fortsetzung folgt.)

Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag, den 14. September

ERNTE-FEST

Empfehle

ff. Kaffee und Kuchen Warme und kalte Speisen
Fürst Pücker und Vanille-Eis
Eischokolade :—: Eiskaffee

Nachm. ab 3 Uhr: Kaffee-Konzert

Abends Bekanntgabe der
Wahlergebnisse durch Radio

Es laden freundlichst ein **P. Günther u. Frau**

Rüchkenfanteln empfiehlt in reicher Auswahl Richard Arnold



Auf den ersten Blick

erkennt man sofort: das ist ein „Bleyle“. Die flotten Formen sitzen wie angegossen. Die Farben und Bordüren sind vornehm und harmonisch abgestimmt. Alles ist höchste Qualität. Überzeugen Sie sich bitte durch einen Besuch und verlangen Sie den illustrierten Katalog.

Wilhelm Weydanz

Alleinverkauf aller Bleyle-Artikel f. Kemberg und Umgegend

Oeffentlicher Dank

Gesichtsausschlag Rheumatismus Ich muß Ihnen mitteilen, daß Ihr Jüdisches Kräuter-Pulver bei mir Wunder getan hat. Ich werde 65 Jahre alt und leide schon seit Jahren an schweren Rheumatismus, Nervenleiden und seit einigen Jahren an einem Gesichtsausschlag rote Punkte sowie eine Art Flechte mit tiefen Papeln. Am 2. Juli 1930 fing ich mit der Einnahme an und nach 8 Tagen war es mir schon so leicht, als ob mir von jeder Schulter 10 Pfund abgenommen wären und meine Gesichtshaut ist nach der 14-tägigen Kur wie Samt geworden. Habe schon viele Verläufe gemacht, aber bis jetzt war alles vergebens. Meine letzte Flechte war dann immer Ginecron und Mastren. Seit der Kur mit dem Jüdischen Kräuter-Pulver habe ich das nicht mehr nötig. Ich kann Sie nur meinen herzlichsten Dank sagen und es jedem empfehlen, wer so ein Leiden hat. Carl Kumpf, Bitterfeld, Ratswall 16a, am 15. Juli 1930.

Das Jüdische Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen Kräutern. Diese sind getrocknet und fein gemahlen. Sie wirken: munternd, beruhigend, ausgleichend, wasserschweißend, entzündungshemmend, harntreibend, schweißtreibend, wärmend, kräftig in reiche Genesende befähigend. Schachtel 3,-. Um. Vorrätig in jeder Apotheke in Kemberg und auch in Ihrer nächsten Apotheke.

Vorher Nachher

Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag, abends 8 1/2 Uhr

Wieder ein erstklassiges Doppelprogramm.

1. Der große Wildwestfilm wie der „kleine David“ den gefährlichsten Räuberhauptmann des Westens ausschließlich machte.

Santa Fé, der Schrecken der Farmer.

„Little David“, er reitet wie Tom Mix, springt wie Douglas Fairbanks und boxt wie Richard Talmadge.

2. Ein packender Kriminal- und Gesellschafts-Film **Die Flucht der Delia.**

Ein Großfilm von seltenen Ausmaßen, Paris, die Stadt der Liebe — Indien — An Bord eines Ozeanriesen, das sind Schauplätze der bewegten Handlung. Ein Großfilm von seltenen Ausmaßen.

Zum Sonnabend u. Sonntag empfehle

Windbeutel und Stachelbeerfortschen mit Schlaghahne
Pflaumen-, Apfel- und Streifenkuchen
Bienenstich, Sandtorte
Königstuchen, gef. Hörnchen gefüllten Kranz und anderes

Kaffee- und Teegebüß
O. Herrmann, Bäckerei

Günstige Gelegenheit!

Zündapp-Motorrad

300 ccm, Luxusmodell, beige-farbig, mit Vorschlicht, Tachometer, Benzinhahn, Stahlrahmen, und Federlenker, **fabrikneu**, sowie Kardan-Stock 200 ccm neuestes Modell, rotbraun emailliert, m. 3-Gang-Getriebe, Kugelschaltung, gefalteten Motor, elektr. Fenag-Zündlichtanlage usw. **fabrikneu**, sind sofort **weit unter Preis** zu verkaufen.

Ernst Roming, Bergwitz

Vermiete sofort

Wittenberger Straße 48
1 Laden mit oder ohne Wohnung,
1 Auto-Garage mit hellem großen Lager-Raum.
B. Drauffeldt.

Befestigung durch Herrn Niemann, Wittenberger Str. 47. Bin persönlich am Montag in Kemberg.

Morgen Sonnabend

zum Stat-Abend empfehle

la. warme Bötelnochen
Ernst Bachmann

Morgen Sonnabend, den 13. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Ratsteller **Berfammlung** Erhöhen aller Kameraden erwünscht **Der Vorstand.**

Kleinrentnerverein

Sonntag, nachmittags 1/3 Uhr **Bedingungschießen.**

Rühtliches Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.
Der Hauptstiehlleiter.

Vaterländ. Frauenverein der Parodie Wotta

Sonntag, den 14. September, nachmittags 2 1/2 Uhr **Berfammlung**

bei Klunker, Kolonie Gnieß **Die Vorsitzende.**

„Waldhans Niemiß“

Sonntag, den 14. September **frische Waffeln**

Es laden freundlich ein Frau Gehner

Café Irmer

Sonntag, den 14. Sept. **Ernte-Fest**

Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt. Um gütigen Zuspruch bittet **E. Irmer**

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Otto Germer in Gnieß ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. **Br. S.**



Motoristport-Gemeinschaft Fläming-Aue im D.M.V.

Am Sonntag, den 14. September im Schützenhaus zu Kemberg

1. Gantreffen

Nachmittags von 3 Uhr ab

Tanz mit Tombola und Geschicklichkeitsfahren im Schützenhaus-Saal.

Abends von 7 Uhr an

öffentlicher Ball

Jazz-Kapelle Verlosung Geschicklichkeitsfahren für alle Kraftfahrer. (Fahrzeuge und Betriebsstoff werden zur Verfügung gestellt.)

Die Einwohner von Kemberg und Umgegend sind herzlich eingeladen.

Automobil- und Motorradklub Kemberg und Umgegend

Gaditz Sonntag, den 14. September Enten-Preissegeln und Schießen

Um rege Beteiligung bittet **R. Nischke**

Salzyl-Papier ff. Rübensaft

Bergamentpapier Musgewürz

empfehlen **Richard Arnold.** billig bei **S. G. Glaubig**

Wir reinigen u. färben

Damen- u. Herrengarderobe

Wir waschen Kragen u. Oberhemden, Haushaltswäsche in bekannt guter Ausführung

Plisseebrennerei

Vereinigte Färbereien u. Wäschereien

Mauersberger, Galgenberg, Union, Giesert G.m.b.H., Halle

Filiale: Wittenberg, Collegienstrasse 81 Fernruf 2774

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir hierdurch herzlichst.

Albert Thiele u. Frau

Ida geb. Allner. Kemberg, im September 1930

Das zeitraubende Anstellen am Postschalter



Stadtparkasse Kemberg täglich von 8 bis 12 Uhr geöffnet

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Auffreies Blatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise 40 Pfa., Ausnahmefälle 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für nähere Wiedergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Abend, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 107

Sonnabend, den 13. September 1930

32. Jahrg.

1. Blatt

Donnerstag, den 25. September, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 11. September 1930.

143]

Der Magistrat.

Gefunden:

am 1. September 1 Fahrrad

am 7. September 1 Fahrrad

Kemberg, den 11. September 1930.

142]

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* In seiner längeren Rede vor dem Wählerbund lehrte Briand für den Antritt des europäischen Staats zur Sicherung des Friedens ein. Solange er lebe, werde er keinen Krieg mehr zulassen.

* Der amerikanische Bankier Munnah hat sich in einem Interview sehr zuversichtlich über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands geäußert.

* Was Mangel an Mitteln besetzt die Gefahr, daß die diesjährigen Arbeiten am Mittelkanal in der preussischen Provinz Sachsen und in Braunschweig vorzeitig zum Stillstand kommen.

* Als Protest gegen das Regiment Pilsudski droht in Polen der Ausbruch des Generalstreiks.

Wahlen in Danzig.

In zwei Monaten werden nach den deutschen Wahlen Danziger Wahlen folgen, nachdem von dem bisherigen Danziger Parlament, dem Volkstag, Verfassungsänderungen beschlossen worden sind, die jetzt die Zustimmung des Wählerbundes, als der vorwärtsmächtigsten Auffassungsinstanz, erhalten haben. Die Notwendigkeit, an die Verfassungsänderungen Neuwahlen anzuschließen, ergibt sich daraus, daß die Änderungen der Danziger Verfassung eben gerade in erster Linie das Danziger Parlament betreffen. Das Parlament wird zwar durch diese Änderungen der Verfassung verbleiben, aber trotzdem ist ihr eigentlicher Sinn eine weitere Verfassungsänderung des Verwaltungssystems. Die Zahl der Volkstagsabgeordneten werden nach den neuen Verfassungsbestimmungen von 120 auf 72 Abgeordnete, gleichzeitig wird der Senat, also die Regierung von 20 auf 12 Mitglieder vermindert. Die Parlamentarisierung des Verwaltungssystems ist darin zu erblicken, daß bisher die hauptamtlichen Senatoren unabhäufig waren, und infolgedessen unabhängig von jedem Votum des Volkstags, während sie künftig von der Stellungnahme des Volkstags abhängig werden. In dem neuen Verfassungsartikel wird ausgesprochen, daß sämtliche Senatoren von Vertrauen des Volkstags abhängig sind, der sie mit qualifizierter Mehrheit zum Rücktritt veranlassen kann. Eine weitere Anpassung an das parlamentarische Regierungssystem liegt darin, daß der Volkstag bisher unauflösbar war und infolgedessen, selbst, wenn sich politisch unmögliche Zustände ergeben, seine Wahlperiode hindurch bestehen bleiben mußte. Jetzt wird bestimmt, daß der Volkstag aufgelöst werden kann.

Die Danziger Neuwahlen werden voraussichtlich im November d. J. stattfinden, da man die einmal beschlossene Verfassungsänderung nun so schnell wie möglich durchführen will. Man rechnet damit, daß der Wahlkampf in Danzig ziemlich heftig geführt werden wird, wenn auch die bestehende Geldknappheit den Parteien bei ihrer Agitation gewisse Beschränkungen auferlegen wird. Der enge Zusammenhang, der nach wie vor zwischen Danzig und dem Reich besteht, wird sich im Wahlkampf wohlweislich darin widerspiegeln, daß ganz ähnlich, wie es im Reich der Fall gewesen ist, auch in Danzig eine Umgestaltung des Parteiwesens eintritt. Es heißt, daß die Staatspartei auch in Danzig gebildet werden wird, und wahrscheinlich wird sich auch auf der Rechten eine Neugruppierung abspielen. Allerdings wird man bei dieser Umgestaltung des Danziger Parteiwesens ohne Zweifel die Erfahrungen berücksichtigen, die im deutschen Wahlkampf mit der Neubildung der Parteien gemacht worden sind. Die Erfolge der neuen politischen Organisationen in Deutschland werden deshalb maßgebend dafür sein, welche parteipolitischen Gebilde in Danzig entstehen.

Es ist selbstverständlich, daß der ganze Danziger Wahlkampf stark von außenpolitischen Gesichtspunkten, unter denen man naturgemäß ausschließlich das Ver-

hältnis zu Polen zu betrachten hat, gestellt werden muß. Gerade in letzter Zeit sind ja eine Reihe deutsch-politischer Meinungsverschiedenheiten zur Diskussion gekommen, die in der Debatte über das künftige innerpolitische Leben in Danzig eine Hauptrolle spielen dürften. Sie werden schon bei den Auseinandersetzungen über die Umgruppierung des Danziger Parteiwesens vielfach als maßgebender Gesichtspunkt hingestellt. Gerade mit dem Hinweis auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Danzig und Polen wird nach entscheidender, als es im Reich der Fall war, eine Zusammenfassung der Mitte gefordert, um eine überflüssige Parteiproliferation, die wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten besonders gefährlich ist, zu vermeiden. Dabei wird man dann als eine Hauptwahlparole wohl den Kampf um die politische Konkurrenzgründung gegen Danzig, den Hofen von Gdingen, zu betrachten haben. Allerdings wird von den deutschen Parteien allgemein angelehrt, daß die Gdingen-Frage aus dem Wählerbund zur Entscheidung übergeben werden soll, und weil unnötige Diskussionen während des Wahlkampfes diese Entscheidung des Wählerbundes sicher nicht günstig beeinflussen würden.



zu höchst bedeutungsvollen Ergebnissen gelangt. Der Ab-rüstungsausschuss müsse nimmere die Arbeiten weiterführen.

Er hoffe, in der allernächsten Zeit mit einem Nachbar-land in Verhandlungen treten zu können, die den Beitritt dieses Landes zu den Beiläufen der Londoner Flottenkonferenz ermöglichen würden.

Briands Werk.

Briand wandte sich dann der Paneuropage zu. Dieser Teil seiner Rede zeigte nicht die bei dem französischen Außenminister sonst üblichen Temperamentsausbrüche. Er betonte, daß es heute keine Vereinigung von Völkern, keine Sondervereinbarung gebe, die lebensfähig sei, wenn sie nicht aufs engste dem Welterbespaat verbunden sei.

Europa leide am schwersten unter den erschrecklichen Folgen des Weltkrieges.

Gerade deshalb müßten sich auch die europäischen Völker, die die Sicherung des Friedens wollten, in engerer Fühlungnahme organisatorisch zusammenschließen. Es handelte sich hierbei um eine Frage der Vernunft und des gelunden Menschenerlaubens. Jedes große Problem stoße anfänglich auf Schwierigkeiten.

26 europäischen Staaten hätten jedoch festgestellt, daß sie zu gemeinsamer Arbeit zur Sicherung des Friedens bereit seien. Größte Vorsicht und eingehende Prüfung der ganzen Frage sei unbedingt notwendig.

Eine lahm Formulierungen.

Der Wählerbund sei eine universelle Organisation für Weltaufgaben, die sich Einzelgänger nicht widmen könne. Alle Völker seien aber heute daran interessiert, daß die europäischen Völker sich zusammenfinden, sich wirtschaftlich und politisch vereinen und zusammenarbeiten, um die Kriegsschäden zu überwinden. Briand erklärte zum Schluss, die

26 europäischen Staaten hätten beschlossen, den eingeschlagenen Weg im Interesse des Friedens fortzuführen, ohne alle Hintergedanken gegenüber anderen Völkern oder dem Wählerbund. Die europäischen Mächte erwarteten jetzt, daß der Wählerbund ihnen erkläre, Europa liege auf dem rechten Wege, auf dem es weiter marschieren müsse.

Vage Allgemeinheiten.

Die Briand-Rede hat durch die ungewöhnlich starke Zurückhaltung und den matten Ton allgemeines Aufsehen erregt. Uebereinstimmend wird festgestellt, daß sie wenig interessant und wenig aufschlußreich war. Besonders auffällig ist, daß sich Briand bei der Darstellung der Paneuropagefrage vage Allgemeinheiten beschränkt hat. Die Ursache wird darin gesehen, daß Briand in der Paneuropagefrage mit großen Schwierigkeiten rechnet und daß das ihm erteilte befristete Mandat irgendwelche Festlegungen auf den Paneuropage-Mandat unmöglich machte. Er hat daher offenbar die Taktik eingeschlagen, keinerlei Angriffspunkte zu bieten, und die Paneuropagefrage lediglich zur Ausdrucksfrage zu stellen.

Keine Anbeutung auf Deutschland.

Von Seiten der deutschen Abordnung wird festgestellt, daß die in den letzten Tagen vielfach behagte Behauptung, Briand werde zu den deutschen Gegenwartsfragen, insbesondere zu den Revisionenbetrachtungen Stellung nehmen, nicht eingetroffen ist. Er hat sich offenbar mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl jeder Anbeutung auf Deutschland enthalten. Die deutsche Abordnung hat damit nimmere freien Spielraum, während der Vollversammlung ihre eigenen Interessen und Wünsche vorzubringen, ohne von vornherein durch Angriffe von französischer Seite in eine schwierige Lage gebracht zu sein.

Unfähig erscheint jedoch, daß Briand in seiner ersten Wählerbundsrede nach dem Tode Stresemanns den verstorbenen Reichsaussenminister mit keinem Worte erwähnt hat, ferner, daß er bei der Aufzählung der Sicherungen des Friedens durch internationale Verträge zwar den Kellogg-Baill, jedoch nicht den Locarno-Baill genannt hat. Der Hinweis Briands auf die Abrüstungsfrage wird allgemein als dürftig und nichtig angesehen. Von Interesse erscheint lediglich der Hinweis auf die bevorstehenden französisch-italienischen Abrüstungsverhandlungen.

Deutschland rotzt die Minderheitenfrage auf.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat beim Präsidenten der Wählerbundsversammlung den Antrag gestellt, den Abschluß des Jahresberichtes des Wählerbundes über die Minderheitenfrage dem politischen Ausschuss der Wählerbundsversammlung zu überweisen.

Die deutsche Regierung hat damit die von allen Seiten dringende geforderte Initiative in der Minderheitenfrage ergriffen. Der deutsche Antrag war notwendig, da das Wählerbundssekretariat die Minderheitenfrage nicht auf die Tagesordnung der diesjährigen Wählerbundsversammlung gesetzt hätte und somit ohne den deutschen Antrag die Minderheitenfrage während des Jahresberichts überhaupt nicht zur Sprache gekommen wäre. Auf deutscher Seite wird man besonders darauf hinweisen, daß die Veröffentlichungen des Wählerbundssekretariats über die bisher eingegangenen und behandelten Minderheitenbeschwerden tatsächlich völlig unzulänglich seien. Zu erwarten ist ferner, daß die deutsche Abordnung im politischen Ausschuss praktische Vorschläge für eine Veränderung des Minderheitenverfahrens vorbringen wird.

Pilsudskis Faschismus.

Generalstreik in Sicht.

Warschau, 12. September.

Das Faustregime, mit dem Pilsudski die Wahlen machen will, hat selbstherrlich die notwendige Gegenbewegung ausgelöst. Aus allen Teilen Polens kommen Nachrichten, wonach bereits die ersten Poststreiks und Unruhen im Gange sind.

Angehänglich sind die verhassten Oppositionsführer nach Breslauer Strömung transportiert worden. Dort werden sie in der Festsung interniert. Die Zahl der Verhafteten wächst ständig, wenn auch darüber eine amtliche Befestigung nicht gegeben wird; doch kann von den Behörden nicht bestritten werden, daß erheblich mehr verhaftet worden sind, als ursprünglich angegeben wurde. Die Behörden tun zwar so, als ob es sich hierbei lediglich um Verhaftungen wegen Strafverfahren handele, die bereits seit längerer Zeit eingeleitet seien. Demgegenüber steht wohl die Tatsache, daß eine polizeiliche Verfolgung der Oppositionsführer längst hätte erfolgen müssen, zum mindesten, als der Sejm aufgelöst wurde, nicht aber in dem Augenblick, wo die Opposition zu einem vereinigten Stoß gegen die Diktatur ausholt. Was sich hier am organischen Dienstag abgepielt hat, ist nichts als die brutale Wagnahme eines Diktators.

Die Festungen, die die Oppositionspolizei unterhalten, sind beschlaghaft und müssen unter Beteiligung der französischen Streitkräfte erziehen. Eine Protestaktion der Warschauer Anwaltskammer gegen die Verhaftung ohne richterlichen Satzbescheid, weil sie eine glatte Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Freiheit der Person darstelle, ist von den Behörden beschlaghaft und unterdrückt worden.